

Beschlußempfehlung und Bericht

des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuß)

zu dem Antrag der Abgeordneten Gerhard Zwerenz, Heinrich Graf von Einsiedel, Hanns-Peter Hartmann, weiterer Abgeordneter und der Gruppe der PDS
– Drucksache 13/3987 –

Fortsetzung der konventionellen Abrüstung in Europa

A. Problem

Im Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag) von 1990 ist die Verpflichtung enthalten, „den Prozeß der konventionellen Rüstungskontrolle einschließlich Verhandlungen weiterzuführen und dabei künftigen Erfordernissen für die europäische Stabilität und Sicherheit im Lichte politischer Entwicklungen in Europa Rechnung zu tragen“.

Anläßlich der im Mai 1996 stattfindenden Überprüfungskonferenz soll die Bundesregierung aufgefordert werden, in den internationalen Einrichtungen (NATO, WEU und OSZE) die Initiative zur Fortsetzung der konventionellen Abrüstung zu ergreifen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrages der Gruppe der PDS.

Mit großer Mehrheit

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 13/3987 abzulehnen.

Bonn, den 25. September 1996

Der Auswärtige Ausschuß

Dr. Karl-Heinz Hornhues
Vorsitzender

Dr. Friedbert Pflüger
Berichterstatter

Gert Weisskirchen (Wiesloch)
Berichterstatter

Ludger Volmer
Berichterstatter

Dr. Olaf Feldmann
Berichterstatter

**Bericht der Abgeordneten Dr. Friedbert Pflüger, Gert Weisskirchen (Wiesloch),
Ludger Volmer und Dr. Olaf Feldmann****I.**

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag – Drucksache 13/3987 – in seiner 98. Sitzung am 18. April 1996 an den Auswärtigen Ausschuß federführend und an den Verteidigungsausschuß zur Mitberatung überwiesen. Der Auswärtige Ausschuß hat seinen Unterausschuß für Abrüstung und Rüstungskontrolle um eine gutachtliche Stellungnahme zu dem Antrag gebeten.

II.

Der Verteidigungsausschuß hat den Antrag in seiner Sitzung am 19. Juni 1996 beraten und empfiehlt dem federführenden Auswärtigen Ausschuß die Ablehnung. Diese Empfehlung wurde mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ausgesprochen. Die Mitglieder der Gruppe der PDS hatten sich an der Abstimmung nicht beteiligt.

Der Unterausschuß für Abrüstung und Rüstungskontrolle hat den Antrag in seiner Sitzung am 12. Juni 1996 gutachtlich beraten und empfiehlt dem federführenden Auswärtigen Ausschuß, den Antrag abzulehnen. Der Beschluß wurde mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS gefaßt.

III.

Der Auswärtige Ausschuß hat den Antrag in seiner 45. Sitzung am 25. September 1996 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Gruppe der PDS und eine Stimme aus der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrages empfohlen.

Bonn, den 25. September 1996

Dr. Friedbert Pflüger

Berichterstatter

Gert Weisskirchen (Wiesloch)

Berichterstatter

Ludger Volmer

Berichterstatter

Dr. Olaf Feldmann

Berichterstatter

